

chen Ansatz von Religionsunterricht, wie er in dem Zusammenhang immer wieder gefordert wurde?

Lieberknecht: Zumindest bei denjenigen, die Religionsunterricht durchführen wollen, also kirchlichen Mitarbeitern, gibt es dazu durchaus eine gewisse Bereitschaft. Anders sieht es dagegen in den Kirchenleitungen aus. Die katholische Kirche besteht ganz eindeutig auf konfessioneller Trennung – was selbstverständlich nicht ausschließt, daß man durchaus ökumenisch zusammenarbeitet.

HK: Wie ist es gegenwärtig um die Akzeptanz dieses neuen Schulfaches bestellt? Und wie ernst sind Vorbehalte gegenüber dem Religionsunterricht zu nehmen, die zu viel kirchlichen Einfluß heraufziehen sehen?

Lieberknecht: Das ist regional sehr unterschiedlich. Wir

haben ausgesprochen religiös-kirchlich geprägte Gebiete wie das katholische Eichsfeld – dort wird flächendeckend Religionsunterricht angeboten, im übrigen auch von den Leuten erwartet. Dort würde es kein Mensch verstehen, wenn es anders wäre. Im Südhüringer Raum, wo wir starke evangelische Gebiete haben, wird der Religionsunterricht in gleicher Weise beginnen. Letztlich ist es dann die Frage, wie er in den stark säkularisierten Großstädten angenommen wird. Der Religionsunterricht wird auf jeden Fall mehr Schüler erreichen als die bisher kircheninterne Christenlehre. Was die Ängste vor einem neuen Klerikalismus, vor dem systemstärkenden Charakter des Religionsunterrichts und einer erneuten Verbindung von Thron und Altar angeht, kann ich meinen Landsleuten nur immer wieder sagen: Nennen Sie mir ein Schulfach in den Altbundesländern, das sich kritischer zur Gesellschaft verhielte als der Religionsunterricht.

Ein Jahr nach der deutschen Vereinigung

Eine Umfrage über politisch-gesellschaftliche Einstellungen in Deutschland-West und Deutschland-Ost

Vor einem Jahr, am 3. Oktober 1990, wurde die staatliche Einheit Deutschlands mit Zustimmung der europäischen Nachbarn und der Großmächte wiederhergestellt. Wie entwickelte sich die Verhaltenseinstellung in Deutschland-Ost und Deutschland-West inzwischen? Aus mehreren Studien, die sich in letzter Zeit mit dem Vergleich politischer Einstellungen in West und Ost beschäftigen, greifen wir eine heraus, und zwar die vom Mannheimer Ipos-Institut im Auftrag des Bundesinnenministeriums Ende Mai/Anfang Juni durchgeführte Umfrage, deren Ergebnisse in Auswahl Ende August veröffentlicht wurden.

Wie beurteilen Deutsche Politik und Gesellschaft in Deutschland? Wie wichtig sind ihnen welche Werte und Ziele? Wie zufrieden sind sie mit der Demokratie und den politischen Institutionen? Wie sehen sie die öffentliche Sicherheit und die Kriminalitätsentwicklung? Wie akut ist das Asylantenproblem und wie groß die Abneigung gegen Ausländer? Wie werden die Chancen auf Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West bzw. des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern von Ost- und Westdeutschen beurteilt? Und was erwarten die Deutschen in Ost und West von der europäischen Einigung?

Das Bundesverfassungsgericht steht im Ansehen ganz oben

Dies sind die wesentlichen Fragen, denen die Ipos-Studie in getrennten, aber praktisch zeitgleichen Befragungen in West und Ost nachgegangen ist.

Es wurde dafür kein sehr feinkörniger Fragebogen entwickelt. Auf tiefer schürfende Fragen gesellschaftlichen Verhaltenswandels wurde von vornherein verzichtet und auch auf die Erforschung von Gesichtspunkten, die es ein knappes Jahr nach vollzogener Einigung Deutschen in den alten und in den neuen Bundesländern schwer machen, einander zu verstehen.

Das relativ einfache Fragemuster ergab sich zum einen aus der thematisch-strukturellen Beschränkung auf Fragen der *Innenpolitik* bzw. auf solche, die aus dem Blickpunkt der Innenpolitik in erster Linie interessieren; zum anderen erleichtert die Beschränkung auf einige klassische Fragenkomplexe zum Verhältnis Bürger und Staat Längsschnittauswertungen über mehrere Jahre hinweg. Nur wenige Fragen werden variiert, der größte Teil wird seit Beginn der Umfragen im Jahre 1984 unverändert gestellt; das erleichtert die Vergleichbarkeit in der Auswertung.

So ist es interessant, daß in der alten Bundesrepublik die *Forderung nach wirksamem Umweltschutz* seit Beginn der Umfragen ganz vorne steht und seit 1989 auch die Sorge um die Arbeitsplätze überrundet hat, im Osten aber trotz des hohen Ranges des Umweltschutzes auch dort und der zum Teil katastrophalen Umweltzerstörungen zu DDR-Zeiten das Umweltthema sowohl von der Sorge um die Stabilisierung der Wirtschaft wie um die Sicherung der Renten wie von der Gefährdung durch Rauschgift sowohl 1990 wie 1991 überflügelt wird. In West und Ost stehen die Wachstumsförderung und die marktwirtschaftliche Ordnung als Elemente einer „idealen Gesellschaft“ ganz vorne, und unter allen Einrichtungen des öffentlichen

Lebens erfreut sich im Westen Deutschlands das *Bundesverfassungsgericht*, mit leichten Schwankungen zwar, aber ohne Unterbrechung, der höchsten Wertschätzung, während im Osten Bundesverfassungsgericht und Fernsehen gleichauf sind. Das *Ansehen der Kirchen* ging seit 1984 im Westen noch kontinuierlich zurück – auf einer Bewertungsskala von +5 bis -5 auf 0,7 – und lag in der diesjährigen Umfrage in West und Ost bei insgesamt niedrigeren Werten in Ost praktisch gleich hoch (in Ost 0,6).

Im Westen genießt bei insgesamt 12 Vorgaben nur *die Presse* noch weniger Vertrauen in der Bevölkerung, als es die Kirchen tun, das Fernsehen liegt mit den Kirchen gleichauf. Im Osten ist das Bild bei den gleichen Vorgaben diffuser. Das Fernsehen liegt dort in der Wertschätzung ganz vorne, die Kirchen erreichen auf niedrigerem Niveau mit dem Bundestag einen bescheidenen Mittelwert. Die Schlußlichter sind mit 0,1 und -0,2 die Gerichte und die Polizei. Das Verhältnis zu den staatlichen Institutionen hat sich im Osten offenbar noch lange nicht normalisiert; die Wirkungen des früheren Systems sind noch ein Jahr nach der deutschen Vereinigung zu spüren in einer größeren Distanz zu Staat und öffentlichen Autoritäten überhaupt. Aber auch auf die Kirchen fällt wenig von dem Ansehen, das sich in der Zeit des Umbruchs insbesondere die evangelische Kirche erworben hat.

Im Osten wesentlich geringere Zufriedenheit mit dem politischen System

Daß sich *in der gesellschaftlichen Atmosphäre* auch nach dem Ende des SED-Regimes und nach dem Beitritt zum Grundgesetz der Bundesrepublik abrupt einiges geändert hat, zeigt vor allem *eine* Zahl. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Bedingungen zeigten sich im Osten 1990 – also noch vor der Vereinigung – 58 Prozent der Befragten zufrieden *mit dem „Schutz vor Kriminalität“*, 1991 waren es nur noch 15 Prozent. Dieser geradezu *singuläre Umschwung* hat offenbar nur zum Teil mit dem geringen Ansehen der öffentlichen Ordnungskräfte und dem Mißtrauen ihnen gegenüber zu tun. Vielmehr läßt er erkennen, daß die subjektiven Bedrohungsängste in der Bevölkerung enorm gewachsen sind. Die Angst vor Gewaltkriminalität ist im Osten auffallend größer geworden – insbesondere *bei den Frauen*.

Doch solches allzusehr hervorzuheben heiße Einzelheiten überbewerten. Insgesamt ergibt sich ein eher unauffälliges Bild mit bezeichnenden Unterschieden zwischen Ost und West, aber auch mit bemerkenswerten Übereinstimmungen. Ein aufschlußreiches Beispiel in beiden Richtungen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie bzw. mit dem politischen System. Im Westen ist die *Zustimmung zum demokratisch-politischen System*, wie es in Deutschland erlebt wird, im Längsschnitt fast gleichbleibend hoch. 78 Prozent, 1990 sogar 85 Prozent, zeigen sich mit der demokratischen Ordnung zufrieden bis sehr zufrieden. Insgesamt

hat die Zufriedenheit nicht ab-, sondern eher noch zugenommen. Der Umschwung 1990/91, wenn man 7 Prozent als solchen gelten lassen will, ist vermutlich weniger eine Mißtrauenserklärung größerer Bevölkerungsteile gegenüber demokratischen Institutionen und Spielregeln; vielmehr dürfte sich darin *aktuelle Unzufriedenheit mit den Regierenden* ausdrücken. Um Grundsätzlicheres heraushören zu können, hätten die Fragen in dem Punkt präziser gestellt werden müssen. Die Tatsache, daß nach den Westdaten die „Zufriedenheit mit der Demokratie“ bei den Anhängern aller Parteien geringer ist als sie 1990 war, ist eher eine Bestätigung denn ein Widerspruch zur Vermutung, daß mit dem gestiegenen Mißtrauen weniger die Demokratie und ihre Spielregeln gemeint sind als vielmehr diejenigen, die im demokratischen Rahmen konkrete Politik machen.

Im Verhältnis zum Westen zeigt sich im Osten eine *wesentlich geringere Zufriedenheit mit dem politischen System*. Wie im Westen ist die Demokratiezufriedenheit allerdings auch im Osten bei CDU-Anhängern besonders groß. Mit 85 Prozent werden bei CDU-Anhängern fast die westlichen Werte erreicht; während bei den anderen Parteien die Bewertungen sehr viel disparater ausfallen: SPD-Anhänger sind im Westen zu 78 Prozent „mit unserem ganzen politischen System“ sehr zufrieden oder zufrieden, im Osten nur 49 Prozent, und selbst bei FDP-Wählern und Grünen sind die Unterschiede enorm: FDP 84 im Westen, 59 im Osten; Grüne 60 im Westen, 38 im Osten (und PDS – nur im Osten – 16 Prozent).

Bei der Aufschlüsselung nach sozialstrukturellen Merkmalen fällt auf, daß im Osten Deutschlands die *weiblichen Befragten unzufriedener sind als die männlichen*. Während im Westen die Jüngeren eher unzufrieden sind, haben im Osten stärker die Älteren – vor allem die 50- bis 60jährigen – Vorbehalte. Nach der Bildungsstruktur bemessen gleichen sich die Einstellungen in Ost und West am meisten einander an; mit dem Bildungsgrad steigt die Zufriedenheit mit dem politischen System in beiden Teilen Deutschlands. Allerdings gilt es einen Unterschied zu beachten, der nicht wenig mit der DDR-Vergangenheit zu tun haben dürfte: in den östlichen Bundesländern weisen die leitenden Angestellten tendenziell eine geringere Demokratiezufriedenheit auf, während im Westen die Arbeiter und Facharbeiter als weniger zufrieden auffallen.

Ein Verstärkereffekt in Richtung direkter Demokratie

Interessanter als solche allgemeinen Gegenüberstellungen sind aber die Antworten auf die *Fragen nach Form und Intensität politischer Beteiligung* im demokratischen Prozeß und der Rolle des Staates als Ordnungsfaktor. Im Westen ergibt sich „ein konstantes Votum“ für mehr Bürgerbeteiligung; zugleich soll der Staat mit wenig Polizei auskommen. Im Osten zeigt sich das *Verlangen nach mehr direkter Demokratie* noch ausgeprägter als im Westen bei gleichzeitig auffallender Zurückhaltung

gegenüber dem Staat als Ordnungsmacht. Während im Westen der Wunsch nach mehr direkter Demokratie bei gleichzeitiger Zurückdrängung staatlicher Ordnungsmacht vornehmlich eine Domäne der Grünen und ihres Politikverständnisses ist, scheint es in den neuen Bundesländern nicht nur eine beachtenswerte Übereinstimmung in diesem Teil des Parteienspektrums zu geben.

Die Basis derer, die nach mehr direkter Demokratie verlangen, ist im Osten breiter. Die Auswerter der Ipos-Studie stellen vorsichtig die Frage, „ob wir in den neuen Bundesländern in den nächsten Jahren auch eine ähnliche Entwicklung beobachten werden wie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik; eine Entwicklung nämlich, die unter der Annahme einer mittelfristig positiven Wirtschaftslage über eine passive Zustimmung schließlich zu einer aktiven Unterstützung des politischen Systems führt“. Dies ist zu vermuten. Doch empfiehlt es sich, mit zeitverschobenen Vergleichen zwischen West und Ost vorsichtig zu sein. Natürlich wird mit der Zunahme wirtschaftlichen Wohlstandes auch die Bejahung des demokratischen repräsentativen Systems leichter fallen. Mindestens zur Hälfte verdanken politische Systeme ihre Akzeptanz immer dem wirtschaftlichen Erfolg. Demokratie allein schafft dem Bürger keine Zufriedenheit. Umgekehrt wird auch die demokratische Ordnung als leistungsfähiger empfunden, wenn sie von einer erkennbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse begleitet wird.

Dies gilt allerdings, solange der Lebensstandard unbefriedigend ist. *Im Zustand der wirtschaftlichen Sättigung wachsen auch die Ansprüche an die Demokratie wieder.* Die Tatsache, daß wir es im Westen im Zustand wirtschaftlicher Sättigung mit einer beachtlichen Zunahme des Verlangens nach mehr unmittelbarer Beteiligung des Bürgers zu tun haben und dieses Verlangen maßgebend ist für ein verändertes Politikverständnis – bezogen vor allem auf die Spielregeln – in der jüngeren und mittleren Generation, im Osten aber dieses Verlangen noch breiter vorhanden ist, läßt einen *Verstärkereffekt in Richtung mehr direkter Demokratie* für die nächste Zeit vermuten. Deutlich wird dies an der Zunahme des Konfliktverhaltens im Westen bei gleichzeitiger hoher Protestbereitschaft im Osten, wobei zu untersuchen wäre, wieweit die friedliche Revolution, die zur Wende im Osten und zur deutschen Vereinigung geführt hat, ihrerseits die Konfliktbereitschaft im Westen verstärkt hat.

Ein Vergleich der Zahlen von 1989 mit denen von 1991 läßt das immerhin vermuten. Die Bereitschaft, an einer Unterschriftensammlung teilzunehmen, ist in dieser Zeit von 76 auf 87 Prozent gestiegen, die Neigung zur Teilnahme an einer politischen Demonstration von 42 auf 56, die Bereitschaft zur *Beteiligung an Demonstrationen mit Gewaltanwendung* von 7 auf 12 Prozent, die Bejahung von Boykottaktionen von 36 auf 44 Prozent, die mögliche Beteiligung an einer Bürgerinitiative von 62 auf 74 Prozent. Im Osten liegen alle Werte mit Ausnahme der Bereitschaft zu Boykottaktionen noch einmal beträcht-

lich höher (Unterschriftensammlung 90, Bürgerinitiative 86, politische Demonstration 67, Demonstrationen „mit Gewalt“ 19 Prozent).

Es wäre gewiß falsch, daraus *generell* auf eine ambivalenteren Haltung zum demokratisch-parlamentarischen System in den neuen Bundesländern zu schließen oder gar auf größere Gewaltbereitschaft. Doch sind zwei Faktoren nicht zu übersehen: *Die Protestbereitschaft aus der Zeit der friedlichen Revolution wirkt nach*; sie wird durch die Unsicherheiten des Übergangs verbunden mit einer erkennbaren Unzufriedenheit mit dem Verhalten der „Westler“ und ihrer politischen Repräsentanten verstärkt, und das Mißtrauen gegen das alte Regime überträgt sich zu einem schwer zu gewichtenden Teil auf die demokratische Staatsordnung. Das geschieht um so mehr, je weniger die Erfahrungen vor Ort den Eindruck erwecken, das System funktioniere, und es verbinden sich damit keine persönlichen Benachteiligungen. Es gibt aber offenbar noch ein tiefer reichendes Phänomen. Für einen beträchtlichen Teil der DDR-Bürger ist bewußtseinsmäßig die Alternative zur Parteidiktatur der SED weniger das repräsentative System als die Vorstellung von einer Demokratie, die sich vorwiegend in Formen direkter Teilnahme oder in Mitbestimmung durch Abwehr äußert.

Im Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft gleichen sich Ost und West rasch an

Dies und *tief eingefleischtes Mißtrauen gegen staatliche Autorität überhaupt*, nachdem man diese 40 Jahre vornehmlich als totalitären Überwachungsstaat erlebt hat, trifft sich mit Bestrebungen im Westen, angesichts zunehmender Verbürokratisierung politischer Entscheidungen, der geringen Attraktivität des parlamentarischen Spiels und der als Fehlentwicklung empfundenen schleichenden Umwandlung des repräsentativen Systems in eine Struktur der Machterhaltung durch Parteienherrschaft, Formen der direkten Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Es findet offenbar *ein Wechselspiel* statt. Bestrebungen nach mehr direkter Demokratie im Westen werden zu Mustern politischen Verhaltens im Osten. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit mischen sich im Osten mit den aktuellen Erfahrungen des schwierigen Übergangs jetzt und dienen zugleich als Verstärkung paralleler Bestrebungen im Westen. Bei den erst anlaufenden Diskussionen über die *Grundgesetzrevision* wird dieses Stimmungselement, in dem sich zur gleichen Zeit gleichgerichtete Bestrebungen aus ganz unterschiedlichen Situationen heraus treffen und gegenseitig verstärken, mit Sicherheit noch eine Rolle spielen.

Dennoch handelt es sich dabei wohl nur um einen – interessanten – Nebenstrang gesamtdeutscher Entwicklung. Im Hauptstrang – in der *Frage nach der wünschenswerten gesellschaftlichen Entwicklung*, in der Frage tragender Wertvorstellungen in bezug auf Wirtschaft und Gesell-

schaft und die Absicherung des eigenen Lebens – sind sich Ost und West sehr nahe, ohne daß nach untergründigen Verbindungen oder Erklärungsmustern gesucht werden muß.

Man bejaht *übereinstimmend* das Wirtschaftswachstum, den technischen Fortschritt, denkt leistungsorientiert und bejaht die Marktwirtschaft und überläßt in West und Ost die Vorsorge für Alter und Krankheit den gesetzlichen Versicherungssystemen bzw. dem Staat. Im Westen ergeben sich, verfolgt man die Einstellungsentwicklung im Längsschnitt, sehr kontinuierliche Werte. Die Auswerter der Studie bestätigen den Bundesbürgern diesbezüglich „hohe Konstanz“ und eine „andauernd positive Beurteilung unseres gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“. Allerdings weisen sie auch auf den „Widerspruch“ hin, den sie darin sehen, daß zwar das Leistungsprinzip und die Eigenständigkeit des Individuums gegen Neigungen zu einer egalitären Gesellschaft betont, die sozialen Lasten aber weitgehend dem Staat überantwortet werden. Damit bestätigen sie *einen vielfältig zu beobachtenden Erfahrungswert*: daß die Westdeutschen den Ostdeutschen zwar gerne mangelnden Leistungswillen und versorgungsstaatliches Denken unterstellen, aber selbst durchaus auch sich versorgungsstaatlich verhalten.

Im einzelnen läßt sich feststellen: Wirtschaftsförderung und technischer Fortschritt werden im Osten noch etwas stärker betont als im Westen bei leicht rückläufiger Tendenz gegenüber 1990; in der Einstellung zum Leistungsprinzip gibt es nach ebenfalls leicht rückläufiger Betonung der Leistungsorientierung zwischen West und Ost kaum noch Unterschiede (5,0 im Westen, 4,9 im Osten auf einer Skala von 7 bis 1).

Es gibt aber *beträchtliche Variationen nach Alter und Bildung*, und zwar entwickeln sich die Einstellungen in Ost und West nur teilweise synchron. Ein Beispiel dafür ist das Verhältnis zur Polizei als Ausdruck des Wunsches nach einer starken Ordnungsmacht. Im Westen steigt mit zunehmendem Alter der Wunsch nach einer starken Polizei; dies trifft im Osten so nicht zu: Dort sind trotz geringen Vertrauens in die öffentlichen Ordnungskräfte (oder gerade deswegen?) auch die Jüngeren auf breiterer Front für eine starke Polizei. Beim Wunsch nach mehr Mitsprache des Bürgers im politischen Entscheidungsprozeß hingegen laufen die Vorstellungen und Wünsche in den Altersschichten wieder parallel. Mit zunehmendem Alter nimmt in Ost und West das Bedürfnis nach direkter Mitentscheidung ab und wächst die Bereitschaft, die Entscheidungsfindung den politischen Eliten zu überlassen. Die Befürwortung nimmt mit höherem Bildungsstatus ab, während die Leistungsbereitschaft steigt: im Osten etwas weniger als im Westen.

Sehr viel größer sind – aber wen überrascht das? – die Unterschiede zwischen West und Ost bezüglich der *Zufriedenheit mit den jeweiligen gesellschaftlichen Lebensbedingungen*. Sie ist – exemplifiziert an den sechs Faktoren: Bildungschancen, wirtschaftliche Lage, Aufstiegsmöglichkeiten, Gleichberechtigung, Durchsetzung

der eigenen Rechte, Schutz vor Kriminalität – im Westen durchgehend wesentlich höher als im Osten – mit einer Ausnahme: die Zufriedenheit mit der Gleichberechtigung der Geschlechter bzw. der Frau. 1990 war die Zufriedenheit mit dem Stand der Gleichberechtigung im Osten höher als im Westen (71 im Westen, 79 im Osten). Mit der Vereinigung ist auch diese beträchtlich zurückgegangen und liegt jetzt unter dem westlichen Wert (Westen 69, Osten 60 Prozent). Da die Zufriedenheit in diesem Punkt vor allem bei den Frauen zurückgegangen ist, liegt der Hauptgrund auf der Hand: die *überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei den Frauen*.

Ziemliche Übereinstimmung herrscht wiederum bei der Frage nach der Dauer der Angleichung der Lebensverhältnisse. Im Westen waren 30 Prozent der Meinung, spätestens in 5 Jahren sei dies zu schaffen, im Osten sind immerhin 39 Prozent dieser Meinung. Eine Mehrheit findet der Kohlsche Optimismus also weder im Westen noch im Osten, was freilich in einem Jahr schon wieder sehr viel anders aussehen kann. Daß im Osten die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit als dringender empfunden wird als im Westen, obwohl das Anliegen im Westen fast gleich hoch notiert wird, versteht sich von selbst. Daß *die Gefahr alter SED- und Stasiseilschaften für die demokratische Entwicklung in Gesamtdeutschland* im Westen höher eingeschätzt wird als im Osten (17 Prozent sehen im Westen, 37 Prozent im Osten eine Gefahr für ganz Deutschland) überrascht allerdings. Daß die Westler in viel stärkerem Maße meinen, es brauche fachliche Unterstützung aus dem Westen für den Aufbau der öffentlichen Verwaltung in den neuen Bundesländern, als im Osten, wiederum nicht.

Das „C“ und die Ausländer

Als problematischstes Kapitel der gesamten Umfrage erweist sich – wohl unbeabsichtigt – die erfragte *Einstellung zu den Ausländern* in Deutschland-Ost, aber auch in Deutschland-West. In keiner Verhaltensfrage scheint die deutsche Bevölkerung so sehr gespalten zu sein wie in der Ausländerfrage. In Ost wie West (im Osten 49, im Westen 48 Prozent) findet es nur eine starke Minderheit in Ordnung, daß in Deutschland viele Ausländer leben, wobei das „Viele“ für den Osten erst gar nicht zutrifft.

Höchst aufschlußreich ist *die Verteilung nach Parteipräferenz*. Zwar sind die Vorbehalte gegenüber Ausländern im Osten bei allen Parteien ausgeprägter (selbst bei den Grünen) als im Westen. Aber es fällt doch aus dem Rahmen, daß *nur 28 Prozent der CDU-Anhänger im Osten keine Vorbehalte gegen die Anwesenheit von Ausländern anmelden*, während 70 Prozent es nicht in Ordnung finden, daß „viele Ausländer in Deutschland leben“. Es kommt hinzu, daß eine satte Mehrheit von Unionsanhängern (56 Prozent) auch im Westen Vorbehalte anmelden (SPD 52, FDP 42, Grüne 17 Prozent).

Vermutlich *kumulieren in der Ausländerfrage bei der Union mehrere Faktoren* (höheres Alter, geringere forma-

le Bildung, stärkere Präsenz des ländlichen Raumes). Jüngere sind eher ausländerfreundlich als Ältere. Was in den neuen Bundesländern nach der Ipos-Untersuchung aber nur für die unter 25jährigen zutrifft, im Westen hingegen auf die unter 40jährigen: mit zunehmender Bildung steigt auch die Akzeptanz von Ausländern; die Bevölkerung in den Großstädten ist ausländerfreundlicher, als es die Einwohner kleinerer Gemeinden sind; mit der Häufigkeit der Begegnungen mit Ausländern schwinden die Vorbehalte ihnen gegenüber.

Aber es gibt offenbar *eine starke Gesamtrelation* zwischen „konservativer“ Gesinnung und der Einstellung zu den Ausländern. Die Verfasser der Ipos-Studie kommen jedenfalls zum Ergebnis: „Sowohl im Westen als auch im Osten sind Befragte, die politisch eher ‚links‘ eingestellt sind, ausländerfreundlicher als solche, die eher eine ‚rechte‘ Grundhaltung haben; hier sind die Gegensätze im Osten noch deutlicher als im Westen.“ Es wirkt makaber, daß im Osten die PDS als die ausländerfreundlichste Partei erscheint, während die Anhänger der „C“-Parteien in Ost und West Ausländer am meisten ablehnen.

Man könnte einwenden, das Ganze beruhe auf einem Mißverständnis oder auf einem unerklärlich gespaltenen Bewußtsein, denn so deutlich die Vorbehalte gegenüber Ausländern sind, so massiv wird in West (70 Prozent) und Ost (79 Prozent) das *Recht auf Asyl* für politisch Verfolgte bejaht, wobei es auch kaum Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gibt.

Darüber, wie es sich wirklich verhält zwischen Asylbejahung und Ausländerbejahung, geben indessen die Antworten auf die Frage Aufschluß, ob grundsätzlich jeder politisch Verfolgte oder *nur eine beschränkte Zahl* von ihnen in Deutschland aufgenommen werden sollte. Der Anteil der Befragten, die eine Quote („nur eine begrenzte Zahl“) von politisch Verfolgten (wohlgemerkt, nicht von Zuwanderern) ins Land lassen möchten, entspricht mehr oder weniger jenen, die ausdrücklich Vorbehalte gegen Ausländer anmelden (bei der Ost-CDU sind es sogar exakt dieselben 70 Prozent). Zwischen der Ablehnung von Ausländern und der Begrenzung des politischen Asyls auf eine bestimmte Quote gibt es jedenfalls, dies

wird auch von den Auswertern unterstrichen, einen *engen Zusammenhang*.

Muß von der erkennbaren Ablehnung von Ausländern auf latent isolationistische Stimmungen oder gar auf das Erstarken eines neuen deutschen Nationalismus geschlossen werden? *Die Europabegeisterung ist nicht groß*; dies bestätigt auch die Ipos-Studie; sie ist im Osten, was verständlich ist, noch geringer als im Westen. Aber es ist auch keine betont europadistanzierte Stimmung zu erkennen, eher eine Aufspaltung, die ähnlich widersprüchlich wirkt wie das weiter oben beschriebene Verhältnis zum Interventionsstaat. Bei allen großen Problemen mit internationalem Bezug (Sicherheitspolitik, Bekämpfung der Kriminalität, Rauschgiftbekämpfung, Asylregelung) erwarten übergroße Mehrheiten die Lösung von Europa (beim Rauschgift im Osten sogar 90 Prozent), während man, was durchaus rational begründbar ist, in Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ganz auf nationale Lösungen setzt.

Und der neue Nationalismus, da und dort vermutet? Er bleibt Gott sei Dank ein Phantom. Zwar sind *massive Mehrheiten stolz darauf, Deutsche zu sein* (65 Prozent im Westen, 70 Prozent im Osten) – in keiner politischen Umfrage wird auf diese Frage offenbar verzichtet. Aber zur großen „nationalen“ Explosion ist es in der Zeit der Vereinigung und seither trotz der zeitweisen Konzentration auf Deutsch-Deutsches nicht gekommen. Im Gegenteil! Gegenüber 1990 scheint sowohl im Westen wie im Osten selbst der Nationalstolz wieder abzuflachen. Die stolz sind, Deutsche zu sein, gingen im Westen von 70 auf 65 Prozent und im Osten von 79 auf 70 Prozent zurück. Man hat mit sich wie den nationalen und internationalen Problemen genug zu tun. *Ein Schwelgen in nationalen Gefühlen droht zur Zeit jedenfalls nicht*. Typischer für die Deutschen im Westen ist eher ein Trend zur Selbstgenügsamkeit, aus der man sich nur ungern aufstören läßt, und für die neuen Bundesländer die Mühe, nach langer gewaltvoller Abgeschlossenheit, sich nicht nur dem westlichen Teil Deutschlands, sondern der Welt zu öffnen. Man denkt nicht ideologisch national, aber im eigenen Lebenszuschnitt binnenländisch.

David Seeber

Ernüchterung, aber auch Hoffnung

Der kirchliche Neuaufbau in der ČSFR

Nach der Wiedererlangung der vollen Freiheit steht die katholische Kirche in der ČSFR jetzt vor den vielfältigen Problemen des Neuaufbaus in Pastoral und öffentlicher Wirksamkeit. Ein entscheidender Punkt dabei ist die Förderung der Laienmitarbeit, die unter dem kommunistischen System nicht möglich war. Auch in der ČSFR gibt es teilweise Hoffnungen auf eine Art Restauration der früheren kirchlich-religiösen Verhältnisse; maßgebliche Persönlichkeiten und Strömungen in der Kirche setzen aber auf

Dialog und Offenheit im Sinn des Zweiten Vatikanums. Die Kirche in der ČSFR braucht materiell wie ideell Hilfe der westlichen Ortskirchen.

Es war eine eher nüchterne und teils auch ernüchternde Bilanz, die der – inzwischen zum Prager Oberhirten und tschechischen Primas aufgestiegene – Budweiser Bischof *Miloslav Vlk* vor katholischen Journalisten in Linz nach einem Jahr des Lebens in Freiheit in der Tschechoslowa-